

## Die ersten Umzugskartons werden bald gepackt

Sanierung des Kreishauses ab Sommer 2017 – Sozialamt zieht auf Gelände der ehemaligen französischen Kaserne



Foto: Uwe Hentschel

(Bitburg.)

Richtig ungemütlich wird es zwar erst, wenn die Bauarbeiten beginnen, doch Platzprobleme gibt es bereits jetzt. Aus diesem Grund soll das Sozialamt vorübergehend auf das Areal der Alten Kaserne ausgelagert werden. Und das nicht erst zu Baubeginn, der für die zweite Jahreshälfte 2017 geplant ist, sondern bereits in diesem Herbst. „Zur Vermeidung unnötiger Umzüge werden die Mitarbeiter des Sozialamtes auch während der gesamten Sanierungsphase, die auf mehrere Jahre geplant ist, in diesem Gebäude leben und erst danach wieder in das Verwaltungsgebäude in der Trierer Straße integriert“, erklärt Ansgar Dondelinger, Pressesprecher der Kreisverwaltung. Zweckverband zieht auch um Das Sozialamt ist nicht die einzige Abteilung, die Umzugskartons packen muss. Auch die Verwaltung des Zweckverbands Flugplatz Bitburg, die ursprünglich im Tower des Flugplatzes ansässig war und nach dem Verkauf des Towers ins Kreishaus zog, wird auf das Gelände der ehemaligen Kaserne ziehen. Genau wie das Sozialamt wird der Zweckverband dafür das Gebäude 2007 nutzen. Allerdings wird der Zweckverband auch nach der Sanierung des Kreishauses auf dem Kasernengelände bleiben. Das ist der Plan, der darüber hinaus auch noch eine weitere Verlagerung vorsieht. Nämlich die der Agentur für Arbeit und des Jobcenters. Die Einrichtungen sind derzeit noch in angemieteten Bürogebäuden der Kreisverwaltung untergebracht und sollen ebenfalls dauerhaft in das Kasernengebäude 2007 ausgelagert werden. Die dadurch frei werdenden Büroräume in der Trierer Straße könnten dann während der Bauarbeiten als Ausweichquartier genutzt werden, erklärt Dondelinger. „Der genaue Umzugsplan wird derzeit erstellt“, fügt er hinzu. Mehr als 4,7 Millionen Euro sind für das Projekt, dessen Architektenleistung europaweit ausgeschrieben wird, veranschlagt. Größte Einzelposten sind dabei die Verbesserung der IT-Sicherheit und der Brandschutz. Was die Finanzierung des Projekts betrifft, so besteht die Möglichkeit, Mittel aus dem Investitionsstock (I-Stock) des Landes zu beantragen. Aus diesem Topf werden kommunale Projekte, wie beispielsweise der Bau von Dorfgemeinschaftshäusern bedient. Allerdings sind diese Mittel begrenzt (in der Vergangenheit ungefähr eine bis 1,5 Millionen Euro jährlich). Sollte sich der Kreis also dazu entschließen, für die Sanierung des Kreishauses die vollen I-Stock-Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, so bliebe für andere Projekte im Kreisgebiet nichts mehr übrig. Und das für zwei Jahre. Aus diesem Grund hatte sich der Kreistag vergangenes Jahr mehrheitlich dafür ausgesprochen, für die Sanierung des Kreishauses keine I-Stock-Mittel in Anspruch zu nehmen. Ob die Verwaltung dem politischen Willen Folge leisten wird, ist allerdings fraglich. „Wir denken, dass wir einen Zuschussantrag stellen müssen“, erklärt Martin Olinger, Leiter der Finanzabteilung der Kreisverwaltung, auf TV-Anfrage. Schließlich sei der I-Stock ein vorrangiges Finanzierungsmittel, sagt Olinger, und aufgrund seiner finanziellen Lage bleibe dem Kreis gar nichts anderes übrig, als diese Förderung in Anspruch zu nehmen. Bis Herbst müsse der Antrag eingereicht werden, sagt der Abteilungsleiter. „Ob wir den Zuschuss bewilligt bekommen, ist dann die andere Frage.“

